

Die Fraktion



Kiel, 06.07.2018

Newsletter Nr. 2/2018

des Arbeitskreises Umwelt, Energie und ländliche Räume

Impressum

Herausgeber:

SPD-Landtagsfraktion
Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume

Verantwortlich:

Sandra Redmann, Vorsitzende des Arbeitskreises
Dr. Silke Schielberg, Referentin des Arbeitskreises

Landeshaus

Postfach 7121, 24171 Kiel

Tel.: 0431/988-1334/1331

Fax: 0431/988-1313

E-Mail: s.schielberg@spd.ltsh.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen, liebe Genossen,

mit unserem zweiten Newsletter in diesem Jahr möchten wir über unsere Aktivitäten im 2. Quartal 2018 berichten und uns sehr herzlich bei allen bedanken, die uns in unserer Arbeit unterstützt und uns Input für unsere Initiativen gegeben haben.

Wir wünschen Ihnen und Euch allen einen noch lange anhaltenden und erholsamen Sommer, auch wenn das schöne Wetter ein Anzeichen des Klimawandels ist und wir in diesem Jahr erst über zu viel Regen klagen mussten und jetzt darüber, dass er ausbleibt. Umso wichtiger ist unser Einsatz für den Klimaschutz und Ihre/Eure fachkundige Unterstützung dabei!



Glyphosat-Ausstieg scheitert an Jamaika

Im November 2017 haben wir im Landtag den Antrag „Ausstiegsplan aus dem Einsatz von Glyphosat jetzt“ gestellt und diskutiert. Die Jamaika-Koalition hatte nicht den Mumm unseren Antrag zu beschließen. Stattdessen wurde der Antrag in den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen. Hier fand dann auf Antrag der Jamaikaner eine schriftliche Anhörung statt, die unseres Erachtens völlig überflüssig war. Denn die gesellschaftliche Debatte der letzten Jahre hat doch gezeigt, dass es mit Rücksicht auf die Verbraucherinnen und Verbraucher und mit Blick auf Arten- und Gewässerschutz nur eine Lösung gibt: die Anwendung von Glyphosat muss aufhören! Dazu brauchen wir einen Ausstiegsplan in Schleswig-Holstein!



Wir müssen mit der Landwirtschaft den verbindlichen Ausstieg angehen und dort wo notwendig Wege aufzeigen, wie eine Landwirtschaft ohne regelhafte Anwendungen von Glyphosat und anderen Totalherbiziden wirtschaften kann, z.B. durch die Anwendung biologischer und mechanischer Alternativen für den Einsatz von Totalherbiziden und eine stärkere Förderung der ökologischen Landwirtschaft sowie für nachhaltig wirtschaftende konventionelle Betriebe im Rahmen der neuen EU-Förderperiode ab 2020.

Die Landwirtschaft muss auf dem Weg zum Ausstieg unterstützt werden. Die

Landesregierung soll dafür auf der Basis der Evaluation der bestehenden ELER-Maßnahmen im „Landesprogramm ländlicher Raum 2014-2020“ ggf. umzuwidmen- de Mittel für den Ausstieg aus dem Einsatz von Glyphosat einsetzen. In den letzten Haushaltsberatungen haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht, der wieder an der Mutlosigkeit der regie- rungstragenden Fraktionen scheiterte.

In der letzten Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses hat das Bündnis aus Schwarz, Grün, Gelb dann einen Änderungsantrag vorgelegt, der für Schleswig-Holstein nichts Konkretes bringen wird. Durch die Entscheidung auf EU-Ebene und die Vereinbarung im Koalitionsvertrag im Bund eröffnet sich für Schleswig-Holstein die Möglichkeit, aus der Anwendung von Glyphosat auszusteigen. Damit könnten wir endlich den Willen der Verbraucher erfüllen und einen entscheidenden Beitrag zur Artenvielfalt leisten.

Jamaika zieht sich dagegen auf unverbindliche Allgemeinplätze zurück und belässt die Verantwortung lieber auf Bundes- und EU-Ebene, statt hier im Land endlich zu tun was zu tun ist. Wir wollen keine Minderungsstrategie irgendwann, sondern endlich einen verbindlichen Ausstieg. Das wollen wir gemeinsam mit der Landwirt- schaft auf den Weg bringen, um eine nachhaltige Produktion ohne regelhaften Einsatz von Glyphosat zu ermöglichen. In Schleswig-Holstein scheitert das einzig und alleine an Jamaika!

Link zum Antrag Glyphosat:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00200/drucksache-19-00291.pdf>

Grundwasser schützen: Düngeverordnung nachbessern und effizient umsetzen!

Die Landesregierung hat den Entwurf einer Landes-Düngeverordnung vorgelegt. Aus der Verbändeanhörung wissen wir, dass es dazu zahlreiche kritische Stimmen gibt. Fazit ist: Minister Habeck liefert den Entwurf einer Landesverordnung mit dem die geforderte Grundwasserqualität nicht im ganzen Land erreicht werden kann. Das war auch das Ergebnis einer Expertentagung zum Weltwassertag, die im März in Kiel stattgefunden hat.

Daraufhin haben wir im April den Antrag „Grundwasser schützen: Düngeverordnung nachbessern und effizient umsetzen!“ in den Landtag eingebracht. Wir fordern die Landesregierung auf, sich für die als erforderlich abzeichnenden Änderungserfordernisse der Bundesdüngeverordnung, für eine effiziente Landes-Düngeverordnung und für ausreichend Personalkapazität zur Umsetzung und Kontrolle aller bereits geltenden Bestimmungen im Land einzusetzen.

Deutschland gehört zu den EU-Ländern mit der höchsten Nitrat-Belastung im Grundwasser. Der EuGH hat am 21.06. einer Klage der Europäischen Kommission stattgegeben, wonach Deutschland jahrelang gegen die Vorgaben der EU-Nitrat-Richtlinie verstoßen hat.

Erst kürzlich ist Friedhelm Taube, Professor an der agrarwissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel sowie Mitglied des wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, zu dem Ergebnis gekommen, dass die seit

2018 geltenden Verschärfungen der Bundes-Düngemittelverordnung nicht ausreichend sind.

Das EuGH-Urteil und die vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse bestätigen das, was wir zuletzt in der April-Sitzung des Landtages in einem Antrag erneut gefordert haben: Jamaika muss die Landes-Düngeverordnung so gestalten, dass unsere Gewässer besser geschützt werden.

Und das Ministerium muss dafür sorgen, dass ausreichend Personal vorhanden ist, um die Einhaltung der Regelungen auch wirksam kontrollieren zu können.

Trotz der, wie Minister Habeck es auf der Bundesebene formuliert, „schallenden Ohrfeige“ durch das EuGH-Urteil hat Jamaika im letzten Umwelt- und Agrarausschuss am 27.06. unseren Antrag abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Jamaikaner ist windelweich und ohne jeden Ehrgeiz für unser Grundwasser! Die Bundes-Düngeverordnung wird nicht infrage gestellt, die Landes-Düngeverordnung wird nicht infrage gestellt, einzig und allein eine personelle Verstärkung des Vollzugsbereichs wird gefordert – auf die Idee hätten die Jamaikaner auch schon bei den letzten Haushaltsberatungen kommen können! Geld ist genug da und nach mittlerweile sechs Jahren im Amt müsste der Minister doch eigentlich wissen, wo es in seinem Hause hakt und zwackt.

Link zum Antrag Grundwasser schützen

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00600/drucksache-19-00675.pdf>

Besuch beim LKN in Husum

Am 20. April war der AK Umwelt zu Gast beim Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein in Husum. Dr. Johannes Oelerich, Direktor des Landesbetriebes, begrüßte uns auf dem dortigen Bauhof. Zur Einstimmung sahen wir den Trailer zum 10jährigen Bestehen des LKN.SH, in dem er sich mit seinen unterschiedlichen Arbeitsbereichen und mit seinen motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern überzeugend präsentiert. Nach einer Einführung in die Geschichte, die Strukturen und Aufgaben des LKN.SH konnten wir Fragen zu den unterschiedlichsten Bereichen stellen, die alle mit hoher Fachlichkeit beantwortet wurden. So haben wir ausführliche Informationen unter anderem zum Vergabewesen des LKN, zur Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen in Lauenburg und zum Warftenverstärkungsprogramm erhalten. Ein wichtiges Thema dabei war zudem die Ausbildungsinitiative des LKN.



Anschließend führte uns Rüdiger Schultz, Leiter des Bauhofes, über seine Wirkungsstätte. Das LKN.SH verfügt über einen sehr guten Mechanisierungsgrad. Kontinuierlich wird für die Erneuerung der Flotte gesorgt. Voller Stolz präsentierte er uns das denkmalwürdige, aber immer noch funktionstüchtige Gezeitendock. Fast alle Schiffe und Schuten des LKN werden in diesem Dock instandgesetzt und gewartet. So ist

sichergestellt, dass die Fahrzeuge für den Küstenschutz und die Ölabwehr jederzeit einsatzbereit sind.

Eine weitere Station war dem Katastrophenschutz gewidmet. Peter Mause, Leiter der Schadstoffunfallbekämpfung des LKN.SH, gab uns Erläuterungen zum Einsatz- und Lagezentrum in Husum. Der Landesbetrieb ist zuständig für die Schadstoffunfallbekämpfung auf den Küstengewässern mit den Außentiefs und den Seeschiffahrtsstraßen sowie in den landeseigenen Häfen. Bei großen Schadensfällen übernimmt das Havariekommando aus Cuxhaven die Gesamteinsatzleitung. Der Führungsstab des LKN.SH leitet dann die küstennahen Bekämpfungsmaßnahmen. Dafür steht dem Land die Tankbarge "Lüttmoor" zur Verfügung. In der Ölwehrhalle am Husumer Außenhafen lagern die erforderlichen Mittel zur Ölbekämpfung und die Ausrüstungen für die Einsatzkräfte. Außerdem wurden in der Halle Arbeitsplätze für die Stabsarbeit des Einsatz- und Lagezentrums eingerichtet. Zweimal im Jahr finden Übungen auf See statt, damit alle beteiligten Behörden und Rettungskräfte im Ernstfall abgestimmt zusammenarbeiten.

Nach dem Rundgang auf dem Bauhofsgelände haben wir den Klimadeich in Wobbenbüll besichtigt. Florian Schröter, der verantwortliche Leiter des LKN-Baubetriebs II stellte uns die Maßnahme vor. Der neue Klimadeich soll die Gemeinde künftig vor Sturmfluten schützen. Er ist etwa 1 km lang, ca. 8 m hoch und hat eine 5 m breite Deichkrone. Falls der Meeresspiegel weiter ansteigt, kann der Deich noch um 1,5 m aufgestockt werden.



Der Tag beim LKN.SH in Husum hat uns verdeutlicht, mit welchem hohem Einsatz hier für die Bürgerinnen und Bürger an den Küsten gearbeitet wird. Die Entscheidung aus 2008, diese übergreifende Behörde einzurichten, hat sich aus unserer Sicht sehr gut bewährt.

Auftakt unserer Veranstaltungsreihe „Energiewende vor Ort“

Mit der Veranstaltungsreihe „Energiewende vor Ort“ war der Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume mit unserem energiepolitischen Sprecher Thomas Hölck und unserer umweltpolitischen Sprecherin Sandra Redmann zu Gast in Husum. Als Diskussionssteilnehmer konnten Marcus Hrach vom Bundesverband WindEnergie e.V. und der SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende Thomas Nissen sowie der SPD-Kreisvorsitzende Carsten F. Sörensen auf dem Podium begrüßt werden. Da am Vormittag im Landtag die Debatte zu dem Kompromiss der Jamaikakoaalition über die neuen Regionalpläne stattfand, fokussierte sich die Diskussion auf die Auswirkungen der Regionalplanung, insbesondere im Hinblick auf größere Abstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung.

Damit verbunden wurden auch die Auswirkungen auf den weiteren Ausbau der Windenergie an Land, insbesondere in Nordfriesland, diskutiert. Schließlich arbeiten in Nordfriesland 3.000 Beschäftigte in 200 Betrieben. Am Vormittag hatte der Ministerpräsident anlässlich der Debatte im Landtag gegenüber Demonstranten noch erklärt, warum er seine Wahlversprechen nicht einhalten kann: Man habe nun einmal keine absolute Mehrheit und man müsse nun einmal unter den Koalitionspartnern Kompromisse eingehen, ließ

Daniel Günther verlauten. Das ist eine dreiste Verfälschung der Tatsachen. Denn bereits vor der Landtagswahl war klar, dass größere Abstände wie von der CDU gefordert mit den Ausbauzielen für Windenergieanlagen an Land und der Ausweisung von ca. 2 % der Landesfläche als Vorrangflächen, nicht möglich sind.



v.l.: Sandra Redmann, Marcus Hrach, Thomas Nissen, Carsten F. Sörensen

Die Regionalpläne der Küstenkoalition sahen Abstände von 800 Metern zu geschlossenen Wohnsiedlungen und von 400 Metern zu Einzelhäusern bzw. Splittersiedlungen für die Ausweisung von Windenergie-Vorrangflächen vor. Die CDU hatte den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf 1.200 Meter und 500 Meter versprochen. Die Landesplanung hatte vor der Landtagswahl bereits verschiedene Abstands-

szenarien durchgerechnet. Bei der Variante der Küstenkoalition ergab sich nach Berücksichtigung der harten und weichen Tabukriterien zur Aufstellung der Regionalpläne eine Potentialfläche von 5,6 % der gesamten Landesfläche. Nach Abwägung der 29 Kriterien zur Ausweisung wurden 1,98 % Landesfläche für die Nutzung von Onshore-Windenergie errechnet. Bei den von der CDU geforderten Abständen würde sich die Potentialfläche auf 1,6 % verringern. Durch die weitere Abwägung hätte sich eine Fläche von 0 % Landesfläche ergeben. Schleswig-Holstein hätte Windkraftanlagen zurückbauen müssen. Das war schon im Wahlkampf klar.

Doch die CDU hält wider besseres Wissen auch heute noch an dieser Forderung fest. Nachzulesen auf der Homepage der CDU Schleswig-Holstein. Noch dreister ist, dass auf der Homepage die Forderung der Union hinterlegt ist, den Bürgerwillen beim Ausbau der Windenergie vor Ort als für verbindlich erklären zu wollen. Unsere Regierung hätte das umgesetzt, wenn das rechtlich möglich gewesen wäre. Der Prozess der Bürgerbeteiligung, d.h. die Gemeinden, die mit der Windkraftnutzung nicht einverstanden waren, als Tabuzonen zu behandeln, war rechtswidrig und ist ein Grund, warum das Oberverwaltungsgericht die Regionalplanung des Landes mit

seinem Urteil 2015 aufgehoben hat. Es gilt immer das Abwägungsgebot nach Raumordnungsgesetz im Sinne § 7 (2). Schlichte Mehrheitsentscheidungen einer Gemeindevertretung oder eines Bürgerentscheids sind keine Kriterien für eine durch Abwägung gesteuerte Planung. Fazit: Die CDU belügt auf ihrer Homepage weiter tagtäglich die Menschen im Land. Welche Auswirkungen hat nun der jetzige durch Jamaika verursachte Stillstand der Regionalplanung für die Energiewende und für Schleswig-Holstein insgesamt? Der Ausbau von Onshore-Windenergie ist im Land zwischen den Meeren zum Erliegen gekommen. Ca. 600 geplante Windenergieanlagen warten auf eine Genehmigung durch die Landesregierung. Diese werden aber nicht erteilt, da Ausnahmegenehmigungen zurzeit nicht positiv beschieden werden können. Lediglich drei Anlagen sind 2018 bisher genehmigt worden. Arbeitsplatzvernichtung und Verluste an Wertschöpfung in der Windenergiebranche sind die Folge. Schleswig-Holstein wird mit Duldung der Grünen als Energiewendeland abgehängt, und am Ende gilt das Zitat von Ralf Stegner aus der Landtagsdebatte: „Dass Herr Günther seine Abstandsversprechen nicht einhalten kann, hat nichts damit zu tun, dass die CDU keine absolute Mehrheit hat. Aber es hat sehr viel damit zu tun, das Schleswig-Holstein heute genauso groß ist wie vor einem Jahr“.

SPK-Sprecherkonferenz Energiepolitik in Potsdam

Die schrittweise Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung und die Akzeptanz erneuerbarer Energien waren unter anderem Themen bei einer Konferenz der energiepolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landesparlamente und der Bundestagsfraktion am 17. und 18. Juni in Potsdam, an der für uns unser energiepo-

litischer Sprecher Thomas Hölck teilgenommen hat.

Die abnehmende Akzeptanz beim Ausbau der Windenergie an Land ist kein isoliertes Problem Schleswig-Holsteins. In Brandenburg gibt es rd. 100 Bürgerinitiativen, die gegen den weiteren Ausbau mobil ma-

chen. Ähnlich schwierig ist es im Saarland und in Rheinland-Pfalz. In Bayern ist mit der Einführung der 10 H-Regelung der Ausbau total zum Erliegen gekommen. Beteiligungsmodelle für Kommunen sind eine Möglichkeit, wieder mehr Zustimmung zum Bau von neuen Windkraftanlagen zu gewinnen. Mecklenburg-Vorpommern hat 2016 das Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz beschlossen. Das Gesetz verpflichtet Investoren, Anwohner und anliegende Gemeinden an Windparks zu beteiligen. In der Realität scheitert dies aber häufig an den finanziellen Möglichkeiten vor Ort.

Um die in Paris vereinbarten Klimaziele zu erreichen, ist ein Verzicht auf die Kohleverstromung dringend notwendig. Konsequenzen, Erfahrungen und Lehren aus dem Steinkohleausstieg in Nordrhein-Westfalen sind nur bedingt tauglich für den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Als Fehler wurde aus Sicht Nordrhein-Westfalens das fehlende Datum für die Beendigung der Steinkohleförderung genannt. Rund 20.000 Menschen arbeiten in der Bundesrepublik im Tagebau, in Braunkohlekraftwerken oder anderen Stufen der Wertschöpfung. Regional waren es nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit in NRW 8.960, in Brandenburg 7.870, in Sachsen 1.910 und in Sachsen-Anhalt 690 Beschäftigte. Nach Einschätzung aus Nordrhein-Westfalen wäre der Wegfall der Arbeitsplätze gerade in der aktuellen positiven konjunkturellen Lage in dem immer noch dicht industrialisierten Ruhrgebiet zu kompensieren.



v.l.: Thomas Hölck, Ralf Holzschuher, Energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg

Diese Einschätzung wird für die Lausitz nicht geteilt. Die politische Stimmung in den ostdeutschen Braunkohletagebauen ist von dem Leugnen des Klimawandels und dem damit verbundenen Anstieg der Erderwärmung durch Kohleverstromung und CO-2 Ausstoß und von dem Versprechen der AfD, die Tagebauen zu erhalten, geprägt. Unabhängig von der politischen Ausgangslage vor Ort ist eine Ansiedlung neuer alternativer Arbeitsplätze in der Lausitz und den anderen ostdeutschen Braunkohlerevieren aufgrund der schwach und sehr einseitig ausgeprägten regionalen Wirtschaftsstruktur extrem schwierig. Bei der dünnen Siedlungsstruktur würde der sofortige Ausstieg aus der Braunkohle zu einer regionalen Massenarbeitslosigkeit führen.

Auf Bundesebene hat mittlerweile die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ihre Arbeit aufgenommen, die u.a. Vorschläge für die Umsetzung des Kohleausstiegs vorlegen soll. Nach Einschätzung der Sprecherkonferenz ist der Termin für den Kohleausstieg abhängig von einem Plan für die wirtschaftliche Nachnutzung der Braun- bzw. Steinkohle, insbesondere in der Lausitz, einer Ausfinanzierung des Strukturwandels und der Kompensation des Anteils an der Stromerzeugung aus Stein- und Braunkohle (13,4 % und 24,2 % Anteil am Energiemix). Einen Wandel ohne Bruch zu deklari-

nieren, das als gesamtstaatliche Aufgabe anzuerkennen und das als Ziel sozialdemokratischer Politik zu definieren, kann

die Grundlage für den Ausstieg aus der Kohleverstromung bilden.

Erster Energiepolitischer Fachbeirat zur Landesregulierung und zu KWK

Am 26. Juni hat sich der Energiepolitische Fachbeirat der SPD-Landtagsfraktion konstituiert. Als Referenten haben Roland Brandt, stell. Vorsitzender der Regulierungskammer Mecklenburg-Vorpommern, zur Einrichtung einer landeseigenen Netzregulierungsbehörde und Dr. Sven Barnikow vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft über den Status der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Marktanteile Fördermechanismen und Klimaschutzbeitrag vorgetragen.

Bereits 2010 haben wir einen Antrag zur Errichtung einer schleswig-holsteinischen Landesregulierungsbehörde eingebracht (Drs. 17/397). Hauptargument der schwarz-gelben Landesregierung dagegen war damals die ökonomische Arbeitsweise der Bundesnetzagentur in Verbindung mit potenziell steigenden Netzentgelten.

2013 haben wir die Debatte erneut in den Landtag gebracht und in einer Anhörung mit sehr guten Argumenten dafür unsere Auffassung bestätigt bekommen (Drs. 18/749). Dann hat das grüne Ministerium die Debatte über das Jahr 2016 hinaus verschleppt. Erst mit den Argumenten, dies sei nicht kostenneutral finanzierbar und Schleswig-Holstein sei eines der ersten Länder, die sich dafür entscheiden würden. Dann mit dem Argument, man würde in Gesprächen mit unseren Nachbarn prüfen, ob eine gemeinsame Regulierung im norddeutschen Verbund möglich wäre. Und schließlich stellte das Ministerium in einem Bericht 2016 fest, dass eine Übernahme der Regulierung aus verwaltungstechnischen Gründen weder 2017

noch 2018 realisierbar sei (Drs. 18/4390). Zwar hat das Ministerium in Aussicht gestellt, dass ein Zuständigkeitswechsel zum Jahr 2019 angestrebt werden könnte, aber liest man den Koalitionsvertrag und hört sich im Land um, so ist von diesem Ansinnen bei der Jamaika-Koalition heute kein Signal mehr wahrzunehmen. Mittlerweile haben sich bis auf Schleswig-Holstein alle Flächenländer für die Einrichtung einer Netzregulierung auf Landesebene ausgesprochen. Der SPD-Antrag befindet sich zurzeit in der Anhörung in den zuständigen Ausschüssen.



Dr. Sven Barnikow vom bdew hat anschließend zum Thema Kraft-Wärme-Kopplung referiert.

Die KWK leistet bereits heute schon einen wichtigen Klimaschutzbeitrag. Gegenüber der ungekoppelten Erzeugung von Strom oder Wärme erreichen die KWK-Anlagen eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von aktuell 57 Mio. t. Das Einsparpotential durch die KWK-Technik kann bis 2030 auf 90 Mio. t CO₂ gesteigert werden. KWK-Systeme bilden eine besondere Vielfalt im Energieerzeuger-Markt ab. Als Quartiers- bzw. Objektlösung kann die KWK einen wesentlichen Beitrag zu einer dezentralen

Energie- bzw. Wärmeversorgung leisten. Bundesweit werden 6 Millionen Haushalte durch KWK-Technik versorgt. 26.400 km Fernwärmeleitungen sind mit KWK-Anlagen verbunden. Damit hat die KWK-Technik eine Zukunft im Rahmen der Energiewende. Alleine die Anzahl der durch das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz geförderten Wärmespeicher ist beeindruckend. Es wurden für 370 Wärmespeicher bereits Zulassungsbescheide erteilt, 88 weitere Speicher warten auf Zulassung. Bei 540 Fernwärmerzeugern in Deutschland, entspricht dies einem Deckungsanteil von ca. 85 %. Unter der Voraussetzung, dass KWK-Technik mit aufwachsendem Volumen mit Strom und Gas aus erneuerbaren Quellen betrieben wird, ist die KWK-Technik eine Zukunftstechnologie

im Rahmen der Energiewende. Damit hat die KWK-Technik eine Zukunft im Rahmen der Energiewende. Sie schafft eine Grundlage für den Flexibilitätsmarkt, der für die Umsetzung der Energiewende notwendig ist.

Die große Resonanz der Fachleute auf unseren Beirat zeigt, dass dieser nicht nur für uns eine sinnvolle Einrichtung für den Austausch ist. Der nächste Termin, zu dem wir rechtzeitig einladen werden, wird im Herbst stattfinden.

Link zum Fachbeirat Energiepolitik:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00500/drucksache-19-00503.pdf>

Zum Thema Klärschlamm unterwegs im Kreis Segeberg

Am 3. Mai hat der Arbeitskreis Umwelt den Kreis Segeberg bereist.

Am Vormittag standen ein Gespräch mit dem Wegezweckverband (WZV) des Kreises Segeberg, sowie ein Besuch im Klärwerk der Stadt Segeberg auf dem Programm. Schwerpunkt unseres Interesses war die aktuell in den Kommunen diskutierte Frage der Klärschlamm Entsorgung – und Verwertung.

In der WZV-Zentrale wurden wir von Frau Middeldorf-Hein, Herrn Wagner, beide aus der Abteilung 7.10 Abwasser, und ihrem Bereichsleiter Herrn Lawrenz begrüßt. Bevor Frau Middeldorf-Hein auf spezielle Probleme bei der Klärschlamm Entsorgung einging, stellte Herr Lawrenz den Betrieb als Ganzes kurz vor.

Der WZV ist ein Zweckverband der 95 Gemeinden und Städte des Kreises Sege-

berg. Seine Aufgaben sind Bauhofleistungen für Städte und Gemeinden, die Abfallentsorgung und Abfallwirtschaft im Kreis, Abwasserentsorgung sowie dort, wo der WZV von einzelnen Gemeinden beauftragt wird, die Breitbandversorgung und die Gewässerpflege. Dies bewältigen die „Profis in Orange“ wie es dem Logo des WZV zu entnehmen ist mit 310 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und erzielen mittlerweile einen Jahresumsatz von 47 Millionen Euro. Der Zweckverband finanziert sich aus Entgelten und strebt keine Gewinnabsichten an, sondern arbeitet kostendeckend.

Zurzeit sieht der WZV kein akutes Abnahmeproblem beim Klärschlamm erläuterte Frau Middeldorf-Hein im Anschluss an den Vortrag von Herrn Lawrenz. Das Thema beschäftigt den Verband aber trotzdem, denn wenn die neue Düngeverordnung in Kraft tritt, wird es noch schwerer den Klär-

schlamm auf den Feldern der Landwirte aufzubringen. Da die Phosphatrückgewinnung oberste Priorität hat, wird vermehrt auf die Verbrennung gesetzt. Dies ist zurzeit die beste Methode der Rückgewinnung, aber auch die teuerste.

Der WZV engagiert sich auch in mehreren Gremien, wie zum Beispiel dem Klärschlammbeirat, die sich derzeit mit diesem Thema beschäftigen. Frau Middeldorf-Hein betonte noch einmal, dass es akut keine Abnahmeproblematik gibt, aber leider auch noch keine Entsorgungssicherheit. Dies wurde uns im Anschluss auch vom Klärwerksmeister Herrn Hiltermann berichtet. Herr Hiltermann begrüßte den Arbeitskreis persönlich im Klärwerk in Bad Segeberg. Die anschließende Führung durch die Anlage, inklusiv der Erläuterungen über die Funktions- und Arbeitsweise war für uns sehr aufschlussreich. Wir konnten uns ein genaues Bild über die Effektivität dieser Anlage, die nicht nur für die Stadt Bad Segeberg, sondern auch für die Stadt Wahlstedt und einige Umland-

gemeinden zuständig ist, machen. Herr Hiltermann hat darauf hingewiesen, dass es für den Betrieb wichtig ist möglichst zeitnah zu wissen, wohin die Reise mit dem Klärschlamm gehen soll. Wird nun auf Verbrennung oder auf Ausbringen auf landwirtschaftliche Flächen gesetzt? Erst dann kann die Kläranlage für die Zukunft fit gemacht werden.



Wir werden uns weiter mit dem Thema beschäftigen. Für uns ist es wichtig, dass die Kommunen und die kommunalen Zweckverbände in dieser Frage unterstützt werden.

Wo die Fledermäuse schlafen

Am Nachmittag unserer Bereisung im Kreis Segeberg am 3. Mai haben wir Noctalis, das Fledermauszentrum in Bad Segeberg besucht. Dort wurden wir von der Geschäftsführerin Dr. Anne Ipsen und dem wissenschaftlichen Leiter Florian Gloza-Rausch begrüßt, bekamen eine Einführung in die Geschichte und die Aufgaben des Zentrums und konnten die handzahme Riesenflughündin Foxi kennenlernen.

Das Fledermauszentrum wurde 2006 eröffnet und befindet sich direkt bei den Kalkberghöhlen. Diese bieten ein Winterquartier für 20.000 Fledermäuse.

Auf 560 Quadratmetern über vier Etagen bekommen die Besucher viele Informationen. In dem Zentrum wird auch intensiv Forschung betrieben. Das Noctalis in Bad Segeberg hat daher nicht nur eine touristische Bedeutung für die Region, sondern bundesweit auch für die Erforschung der Fledermäuse und ihres Verhaltens. Der dritte Schwerpunkt des Zentrums ist der außerschulische Lernort. Jedes Jahr nutzen viele Schülerinnen und Schüler das Noctalis, um Naturwissenschaft einmal außerhalb des Klassenzimmers zu erleben. In dem Gespräch haben Frau Dr. Ipsen und Herr Gloza-Rausch uns auch über die Finanzierung des Zentrums informiert.

Thema war zudem das Problem, dass die Fledermäuse in der Öffentlichkeit als ein Grund dafür wahrgenommen werden, dass sich der Bau der A20 verzögert.



Anschließend bekamen wir eine Führung durch die Kalkberghöhlen, die eine Länge von ca. 2 km haben. Auf dem Weg konnten wir das Lichtschrankenerfassungssys-

tem sehen, mit dem die Gesamtaktivität aller Fledermausarten untersucht wird. Frau Dr. Ipsen zeigte uns auch die diversen Bruthäuser für Uhus, die am Kalkberg angebracht wurden.

Den Abschluss des Besuchs bildete ein Gang durch das Noctarium. Mit speziellen Taschenlampen ausgerüstet gingen wir durch die dunklen Gänge, um die nachtaktiven Fledermäuse bei ihren Flugmanövern und beim Fressen von Bananen und anderem Obst beobachten zu können. Die Fledermäuse (Brillennasen) des Noctariums stammen aus Südamerika und ernähren sich ausschließlich von Früchten. Einheimische Arten stehen unter Naturschutz und dürfen nicht gefangen werden.

Für uns ist deutlich geworden, dass sich die Arbeit in dem Zentrum durch viel Motivation und eine sehr hohe Fachlichkeit auszeichnet und auf jeden Fall weiter unterstützt werden muss.

Verbraucher im Fokus

Die verbraucherpolitischen SprecherInnen der SPD-Fraktionen aus Bund-, Länder- und Kommunalvertretungen trafen sich am 7. und 8. Mai in Saarbrücken zu ihrer jährlichen SprecherInnentagung. Ziel war der gegenseitige Austausch und die Diskussion aktueller verbraucherpolitischer Themen.

Kernthemen des ersten Tages waren die Auswirkungen der EU-Datenschutzgrundverordnung, der Umgang mit den immer mehr an Einfluss gewinnenden Online-Vergleichsportalen sowie die Musterfeststellungsklage, die zwischenzeitlich im Bundeskabinett beschlossen wurde. Unse-

re Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt berichtete in diesem Zusammenhang über die Initiative auf europäischer Ebene für die Möglichkeit einer Sammelklage, die z.B. relevant bei Online-Bestellungen wäre.

Die Musterfeststellungsklage bietet Geschädigten erstmals die Möglichkeit, stellvertretend durch Verbraucherschutzverbände das Recht auf im Einzelfall geringe, aber in der Summe hohe Schadenersatzansprüche durchzusetzen, ohne selbst einen langwierigen Prozess auf sich nehmen zu müssen. Die neue Datenschutzgrundverordnung stärkt den Verbraucherschutz,

vor allem den persönlichen Datenschutz. Die Fülle an Neuregelungen sorgt allerdings vielerorts noch für große Verunsicherung.



Am zweiten Tag beschäftigten sich die PolitikerInnen für Verbraucherschutz vor allem mit Themen der gesunden Ernährung. Breiten Raum nahm unter anderem die

ationale Reduktionsstrategie für Zucker, Fette und Salz ein. In diesem Zusammenhang bestärkten die Abgeordneten die Forderung nach einer Gesamtstrategie zur Bekämpfung ernährungsbedingter Krankheiten. So stand auch die seit langem geforderte Lebensmittelkennzeichnung auf der Tagesordnung. Ein wichtiger Schritt wäre zudem ein Werbeverbot für an Kinder gerichtete und ungesunde Produkte. Dies wird aber immer noch von Seiten des BMEL abgelehnt. Als ein wichtiger Beitrag wurde außerdem die flächendeckende Einführung von Kita- und Schulverpflegung nach DGE-Norm eingeschätzt.

Kerstin Metzner hat als unsere verbraucherpolitische Sprecherin konkrete Anregungen nach Schleswig-Holstein mitgenommen, die wir in unsere Fraktionsarbeit einfließen lassen werden.

Was tun gegen Mikroplastik in unseren Gewässern?

Die Bilder vom Plastik, das in den Meeren schwimmt, die Bilder von Vögeln und Wale, deren Körper voll von diesem Müll ist, sind nicht neu, aber offenbar erst jetzt so richtig in den Köpfen und Herzen der Menschen angekommen. Sie machen fassungslos und traurig und wir müssen uns - wie so oft beim Umweltschutz - fragen, warum der Mensch vor solchen Problemen eigentlich so lange die Augen verschließt. Warum schaffen wir ein System, in dem krumme Gurken und Kartoffeln weggeschmissen werden, es aber anscheinend akzeptabel ist, Obst und Eiern ihre natürliche Schale zu nehmen, um sie dann in Plastik zu verpacken. Das hat sicher mit einer gewissen Gleichgültigkeit zu tun, aber vor allem auch mit viel Geld und einer Müllbranche, die damit eben auch gut verdient.

Die Probleme waren lange Zeit weit weg, doch jetzt haben wir sie sichtbar vor unserer Haustür, so dass jetzt endlich vielen klar geworden ist, dass gehandelt werden muss. Die Plastikfunde an und in der Schlei haben uns alle sehr betroffen gemacht. Der Schaden für Natur und Umwelt ist katastrophal und hat uns verdeutlicht, hier stimmt etwas nicht. Lebensmittelreste zu verwerten und daraus Energie zu gewinnen ist ja kein falscher Weg, irgendwo muss der Abfall schließlich auch hin. Und die Energiewende wollen wir ja auch! Aber bewusst Plastik hinzuzufügen, um es dann wieder mühsam herauszufiltern, das kann und darf auf keinen Fall sein. Hier ist es absolut richtig und notwendig gegenzusteuern. Wir müssen uns, unabhängig von

den jetzigen Vorgängen, auch über genauere Kontrollen unterhalten.

Den Vorgang an der Schlei im Nachhinein ganz zu durchblicken ist nicht einfach und viele Dinge spielen da eine Rolle. Unsere umweltpolitische Sprecherin Sandra Redmann hat sich zusammen mit der örtlichen Abgeordneten Birte Pauls die Anlage in Schleswig angesehen und mit Akteuren vor Ort gesprochen. Dass nachgerüstet wurde, war notwendig und ist jetzt auch geschehen. Klar ist, dass die Kommunikation der Behörden einer Verbesserung bedarf. In solch sensiblen Bereichen muss jede Auffälligkeit weitergegeben und bewertet werden.

Der Hauptpunkt ist jedoch, dass Plastik nichts in Lebensmittelabfällen, die in den Stoffkreislauf zurückgeführt werden, zu suchen hat. Gleich zu Beginn der Diskussion hat die SPD-Landtagsfraktion dem Mi-

nister Unterstützung zugesagt, wenn es um ordnungsrechtliche Maßnahmen geht. Alles was wir politisch tun können, sollten wir jetzt auch anpacken. Wichtig ist, dass alle Lücken, die es gegeben hat, geschlossen werden, damit so etwas nicht noch einmal passieren kann.

Auch die Diskussion auf europäischer Ebene geht in die richtige Richtung. Verbote von beispielsweise Plastikgeschirr sind richtig, aber das reicht nicht. Jetzt ist auch der Bund in der Pflicht. Das was zurzeit diskutiert wird, ist die Spitze des Eisberges und wie heißt es so schön: In die Zeitung von gestern wird morgen der Fisch eingepackt, zumindest früher war das so. Wir werden bei diesem Thema am Ball bleiben. Freiwillige Vereinbarungen sind schön, aber nur dann wenn sie funktionieren. Mut zu Entscheidungen ist Aufgabe von Politik.

Lebensmittel wertschätzen

18 Mio. Tonnen an Lebensmitteln werden pro Jahr allein in Deutschland durch Industrie, Handel, Großverbraucher und Privathaushalte entsorgt. Nicht nur, dass so sehr viel Geld einfach in der Tonne landet, mit dieser Verschwendung verbunden sind vor allem enorme Energie- und Wasserkosten und negative Folgen für unser Klima durch Düngung und Treibhausgasemissionen, die mit der Herstellung und Vermarktung dieser Lebensmittel einhergehen. Ganz zu schweigen von der ethischen Frage vor dem Hintergrund, dass weltweit mehr als 900 Millionen Menschen hungern.

Die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD Bundestagsfraktion Eva Drobinski-Weiß hat im Oktober 2010 im Bundestag

den Antrag „Strategien gegen Lebensmittelverschwendung entwickeln“ eingebracht. Der Antrag benennt die wesentlichen Themen und Handlungsnotwendigkeiten. Und fordert, dass alle Beteiligten aktiv nach Ursachen und Lösungen suchen.

Das damalige Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat 2012 die Initiative „Zu gut für die Tonne“ ins Leben gerufen, die eine Sensibilisierung für Lebensmittelverschwendung zum Ziel hat. Als wissenschaftlicher Hintergrund diente u.a. die vom BMELV geförderte Studie: „Ermittlung der Mengen weggeworfener Lebensmittel und Hauptursachen für die

Entstehung von Lebensmittelabfällen in Deutschland“ der Universität Stuttgart.



v.l.: Sandra Redmann, Karsten Wessels (Landesverband der Tafeln e.V.), Marie Delaperrière (Unverpackt Kiel), Ulrike Röhr (Landfrauenverband), Tanja Dräger de Teran (WWF), Kirsten Eickhoff-Weber

Wenn wir auf die Aktivitäten in Schleswig-Holstein schauen, dann erinnern sich sicher einige an die Veranstaltung unserer Europaabgeordneten Ulrike Rodust. Im September 2012 ging es in Rendsburg um das Thema „Teller statt Tonne“.

Die Landfrauen, Feinheimisch, die Landwirtschaftskammer, die Abfallwirtschaft und der damalige Staatssekretär des Umweltministeriums Dr. Ulf Kämpfer diskutierten über die Ursachen und Hintergründe der Lebensmittelverschwendung und versuchten Lösungen aufzuzeigen.

Minister Habeck appellierte anlässlich der zentralen Veranstaltung der UN-Dekade Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE), die sich unter dem Titel „Nahrung für alle – selbstverständlich, oder?“ im September 2012 mit den Zusammenhängen von Ernährung, Landwirtschaft und Klimaschutz beschäftigt hat: „Wir müssen lernen, Nahrungsmittel wieder mehr zu schätzen“.

Wirklich bemerkenswert ist das großartige gesellschaftliche Engagement. In ganz Deutschland finden wir Initiativen, Netz-

werke, Menschen die was tun wollen, die sich zusammenschließen, um der Lebensmittelverschwendung ganz aktiv etwas entgegenzusetzen.

Wenn wir nun kritisch nachfragen, was die Politik in den letzten Jahren getan hat, was sie beim Thema Lebensmittelverschwendung tatsächlich erreicht hat, dann fällt die Bilanz mager aus. Verbraucheraufklärung ja, Bewusstsein für das Thema, mal mehr, mal weniger – aber wirklich konsequent auch in der nötigen Klarheit der Industrie und dem Handel gegenüber, nein.

Die SPD Landtagsfraktion hat das Thema wieder aufgenommen!

Auf unserer viel beachteten Veranstaltung am 18. April „LEBENSmittel WERTschätzen“ haben wir dieses Thema mit den Akteuren in Schleswig-Holstein diskutiert. Hauptreferentin war Tanja Dräger de Teran vom WWF, die mit der am 20. April veröffentlichten Studie des WWF die unterschiedlichen Herangehensweisen der Bundesländer beleuchtet hat. Im Ergebnis wird deutlich, dass die ursprünglichen guten Ansätze in Schleswig-Holstein bedauerlicherweise nicht mit der nötigen Vehemenz umgesetzt worden sind.

Die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen fordern, „bis 2030 die weltweite Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene zu halbieren und die entlang der Produktions- und Lieferkette entstehenden Nahrungsmittelverluste einschließlich Nachernteverlusten zu verringern.“ Deutschland hat sich als Mitunterzeichner der SDGs verpflichtet, dieses Ziel umzusetzen.

Deshalb fordern wir die Landesregierung in einem Antrag auf, eine nachhaltige Stra-

ategie gegen Lebensmittelverschwendung zu erarbeiten und dafür alle in diesem Bereich aktiven Akteure in Schleswig-Holstein an einen Tisch zu bringen, um auf allen Ebenen konkrete Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen.

Wir können hier und heute damit anfangen, diesem Irrsinn ein Ende zu setzen. Unser Antrag ist im Verfahren und wird

voraussichtlich im September im Landtag beraten.

Link zum Antrag Lebensmittelverschwendung
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucksachen/00700/drucksache-19-00704.pdf>

Link zum Antrag der Bundestagsfraktion „Strategien gegen Lebensmittelverschwendung entwickeln“
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/074/1707458.pdf>

Biodiversität in Kleingärten

Gut vertreten war die SPD wieder auf dem Kleingärtnerstag, der im Mai in Ellerhoop stattgefunden hat.

Die örtliche Abgeordnete Beate Raudies und unsere umweltpolitische Sprecherin Sandra Redmann überbrachten die Grüße der SPD-Landtagsfraktion und betonten wie wichtig die Kleingärten für die Dörfer und Städte sind. Gemeinden tun gut daran, diese zu schützen.

Mit Spannung erwarten wir die Untersuchung zum Thema " Biodiversität in Kleingärten", die vom Landesverband der Gartenfreunde in Auftrag gegeben wurde und für die die Küstenkoalition auf Initiative der SPD Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt hat.

Eine gute Idee, die entwickelt wurde um das Thema ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Kleine Wiederkäuer – wir kümmern uns nicht nur um die großen Tiere!

Im April machten die Schaf- und Ziegenhalter in einer Aktion vor dem Landeshaus auf ihre besondere Situation aufmerksam. Denn im Gegensatz zu anderen EU-Mitgliedsstaaten zahlt Deutschland den Wanderschäfern bislang keine Weideprämie. Diese ist aber notwendig, damit die Schaf- und Ziegenzüchter im Wettbewerb bestehen können. Unsere umweltpolitische Sprecherin Sandra Redmann nahm die Resolution der Berufsschäfer entgegen. Zeitgleich haben die Schäfer vor fast allen Landtagen auf das Problem hingewiesen. Unsere Sprecherin für Landwirtschaft und ländliche Räume Kirsten Eickhoff-Weber hat an dem Tag an der Sprecherkonferenz der SPD Agrarpolitikerinnen und –politiker in Hannover teilgenommen, als auch vor dem niedersächsi-

schen Landtag die Schäfer für den Berufsstand das Wort erhoben haben.

Die SPD Landtagsfraktion hat noch im April einen Antrag dazu in den Landtag eingebracht. Wir haben die Landesregierung aufgefordert einen Bericht über die Situation der Schaf- und Ziegenhalter in Schleswig-Holstein abzugeben. Dabei sollten die Bestandsentwicklung, die Fördermöglichkeiten und die tatsächliche Förderung der Schaf- und Ziegenhalter sowie die Vermarktungsstrukturen Schleswig-Holstein dargestellt werden. Außerdem wollten wir, dass der Bericht auch auf die Bedeutung der Schaf- und Ziegenhaltung für Natur- und Deichschutz eingeht. Mittlerweile liegt der Bericht vor und wir werden darüber in der Septembersitzung im

Landtag beraten. Den Sommer nutzen wir, um mit den Betroffenen ausführliche Gespräche zu führen! Eins ist aber klar, wir brauchen faire Förderbedingungen im Land, Thüringen hat da z.B. bereits gute Lösungen gefunden.



Wir freuen uns, dass der agrarpolitische Sprecher der SPD Bundestagsfraktion Rainer Spiering in seiner Rede am 29. Juni. im Deutschen Bundestag die Einführung einer Schaf- und Ziegenprämie aus Bundesmitteln vorgeschlagen hat, die gezielt Betrieben zugute kommen soll, die mit ihrer Schaf- und Ziegenhaltung einen Beitrag für Natur und Umwelt leisten.

Bei der Neuausrichtung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik muss die Abhängigkeit von Fläche und Prämie endlich überwunden werden. Es gilt Leistungen für Gesellschaft, Natur und Tierwohl zu honorieren. Dafür werden wir uns einsetzen.

Link zum Antrag Situation der Schaf- und Ziegenhalter in Schleswig-Holstein:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00600/drucksache-19-00673.pdf>

SPD-Umweltpolitik im Fokus

Kirsten Eickhoff-Weber hat für uns an der Konferenz der Sprecherinnen und Sprecher der SPD-Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion für Umweltpolitik am 18. und 19. Juni in Berlin teilgenommen. Es standen für uns wichtige Themen wie der Umgang mit dem Diesel-Skandal, die Erreichung der Klimaschutzziele und das Thema Biodiversität und Artenschutz auf dem Programm.

Einigkeit bestand in Bezug auf die CO₂-Grenzwerte für PKW, dass Fahrverbote möglichst vermieden werden sollen und die Hersteller stärker in die Pflicht zu nehmen sind. Und es müssen alternative Mobilitätskonzepte erarbeitet und umgesetzt werden. Die SPD wird sich für eine „Verkehrswende“ einsetzen.



v.l.: Kirsten Eickhoff-Weber, Kevin Kühnert und André Stinka, Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen im Berliner Abgeordnetenhaus

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Matthias Miersch hat über die Vorhaben im Bund informiert. So ist in der Bundestagsfraktion eine interdisziplinäre Begleitgruppe eingerichtet worden, die das im Koalitionsvertrag angekündigte Klimaschutzgesetz vorbereiten soll. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Gentechnik-Debatte. Dazu wird es voraussichtlich im Herbst einen ersten Entwurf

für eine bundeseinheitliche Regelung geben.

Alle Teilnehmenden haben die Notwendigkeit betont, die Themen Nachhaltigkeit, Ressourcen- und Klimaschutz sowie soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit stärker in die politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Atomstrombegrenzung bei Netzengpässen an Jamaika und CDU/CSU gescheitert

Mit der durch den Deutschen Bundestag am 28. Juni beschlossenen Atomgesetznovelle wurden die Fehler der schwarz-gelben Bundesregierung korrigiert. Im Zuge der 2010 unter Kanzlerin Merkel beschlossenen Laufzeitverlängerung und dem Wiederausstieg in Folge von Fukushima im Jahr 2011 hatte es die Regierung von CDU/CSU und FDP damals versäumt, einen angemessenen Ausgleich für die Atomkraftwerksbetreiber vorzusehen. Die neue Regelung korrigiert nun die Fehler der schwarz-gelben Regierung, die vom Bundesverfassungsgericht beanstandet worden waren. Im Einklang mit dem Atomausstiegsbeschluss sieht der Gesetzentwurf einen finanziellen Ausgleich vor.

Die ebenfalls verfassungsgerichtlich eröffnete Option von Laufzeitverlängerungen ist hingegen richtigerweise nicht gewählt worden. Das zur Vermeidung von Konflikten mit der Energiewende ergänzend seitens der SPD-Bundestagsfraktion verfolgte Ziel, eine Übertragung von Reststrommengen in sogenannte Netzausbaubereiche zu unterbinden, hat sich im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens zur Atomgesetznovelle jedoch als nicht einigungsfähig mit der Union erwiesen.

Einen Bärendienst hat dabei die Stellungnahme des Bundesrates auf Initiative der schleswig-holsteinischen Jamaika-Landesregierung bzw. des Ministers Robert Habeck erwiesen, wonach eine solche Regelung erst nach Inkrafttreten der Atomgesetznovelle zu regeln ist und dann auch noch im Austausch mit den Atomkonzernen und mit einem erst zu erarbeitenden Konzept. Eine solche Stellungnahme während des parlamentarischen Verfahrens zum Atomgesetz war absolut kontraproduktiv, wie Sandra Redmann bereits im Umwelt- und Agrarausschuss des Landtages am 27. Juni gegenüber dem Minister deutlich gemacht hat.

Auch Brunsbüttel hätte nach Auffassung unserer Bundestagsabgeordneten Dr. Nina Scheer und der SPD-Bundestagsfraktion aus dem Gesetzestext gestrichen werden können. Die Ausführungen von mehreren Sachverständigen im Rahmen einer öffentlichen Anhörung bestätigten mehr als erhebliche Zweifel, ob das Atomkraftwerk Brunsbüttel im Zusammenhang mit ausgleichsberechtigten Genehmigungsinhabern gesetzlich zu erwähnen sei. Dr. Nina Scheer hat anschließend in einer Pressemitteilung deutlich gemacht, dass eine Einschränkung der Übertragung von Rest-

strommengen in Netzengpassgebiete, die Streichung von Brunsbüttel, wie auch eine ebenfalls seitens der SPD-Bundestagsfraktion vorgeschlagene konkretisierende Formulierung zur Ausgleichshöhe unterhalb des vollen Wertersatzes mit der Uni-

on nicht vereinbar waren. Ersteres insbesondere durch Intervention der schleswig-holsteinischen Landesregierung, die benannte Änderung erst nach Inkrafttreten der Atomgesetznovelle aufzugreifen.

Bettina Hagedorn unterstützt die Arbeit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt

Bettina Hagedorn ist in das Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) in Osnabrück berufen worden. Aufgabe der Stiftung ist es, Vorhaben zum Schutz der Umwelt unter besonderer Berücksichtigung der mittelständischen Wirtschaft zu fördern. Die Förderung zielt auf innovative, modellhafte Vorhaben, die ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung initiieren. Die DBU ist eine privatrechtliche Stiftung, die unabhängig und parteipolitisch neutral ist. Die DBU hat seit dem 1. März 1991 mehr als 9.000 Projekte mit rund 1,6 Milliarden Euro Fördervolumen unterstützt. Für Förderprojekte stehen jährlich etwa 50 Millionen € zur Verfügung. Neben der Förderung modellhafter Projekte vergibt sie jährlich den höchst dotierten Umweltpreis in Deutschland. Einer der Preisträger war der mittlerweile verstorbene ehemalige Umweltminister Prof. Dr. Dr. Berndt Heydemann.

Bettina Hagedorn ist für die Arbeit im 16-köpfigen Kuratorium der DBU eine Bereicherung. Ihre persönliche und berufliche Lebenserfahrung verbindet Kompetenzen und den Blick auf die Praxis. Als gelernte Goldschmiedin hat sie sich an ihrem Wohnort in Kasseedorf von 1986 bis 2003 ehrenamtlich in der Gemeindevertretung als stellvertretende Bürgermeisterin, Bürgermeisterin und darüber hinaus als Amts-

vorsteherin des Amtes Schönwalde für den Schutz von Natur und Umwelt und für die nachhaltige Entwicklung der Region engagiert. Sie hat die dafür notwendigen Impulse gegeben. Bei Nutzungskonflikten hat sie mit den beteiligten Akteuren gemeinsame Lösungen auch bei schwierigen Fragestellungen erreicht. Ihre überregionale politische Agenda ist ebenso vielschichtig. Seit 2003 arbeitet sie im Landesvorstand der SPD und ist seit 2007 stellvertretende Landesvorsitzende. Im Deutschen Bundestag ist sie seit 2002 in unterschiedlichen Funktionen in der parlamentarischen Arbeit tätig. Seit März dieses Jahres ist sie zur Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Finanzen berufen worden.

Bettina Hagedorn wird im Kuratorium der DBU u.a. für die Leitlinien der Förderung, die Aufstellung eines jährlichen Wirtschaftsplans, Entscheidungen über die Vergabe der Fördermittel mit Verantwortung tragen zuständig sein. Wir hoffen dass wir auch in der Zukunft von der Arbeit in Schleswig-Holstein profitieren. Bisher sind in Schleswig-Holstein 241 Projekte seit dem Bestehen der DBU gefördert worden. Es ist also noch „Luft nach oben“. Bettina Hagedorn steht uns jetzt als zusätzliche Ansprechpartnerin bei der DBU zur Verfügung. Wir wünschen ihr für ihre Arbeit viel Erfolg und weiterhin einen Blick für innovative und nachhaltige Projekte.

Reden und Anträge von April bis Juli 2018

Antrag Kirsten Eickhoff-Weber vom 01.11.2017

Ausstiegplan aus dem Einsatz von Glyphosat jetzt! (Drs-Nr. 18/291)

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00200/drucksache-19-00291.pdf>

Antrag Thomas Hölck vom 07.02.2018

Landesregulierung der Strom- und Gasnetze endlich auf den Weg bringen

(Drs-Nr. 19/503)

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00500/drucksache-19-00503.pdf>

Antrag Kirsten Eickhoff-Weber vom 17.04.2018

Situation der Schaf- und Ziegenhalter in Schleswig-Holstein (Drs-Nr. 18/673)

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00600/drucksache-19-00673.pdf>

Antrag Kirsten Eickhoff-Weber vom 17.04.2018

Grundwasser schützen: Düngeverordnung nachbessern und effizient umsetzen!

(Drs-Nr.: 19/675)

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00600/drucksache-19-00675.pdf>

Antrag Kirsten Eickhoff-Weber vom 24.04.2018

Nachhaltige Strategie gegen Lebensmittelverschwendung (Drs-Nr.: 19/704)

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00700/drucksache-19-00704.pdf>

Rede Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 20 am Donnerstag, 26.04.2018

Grundwasser schützen: Düngeverordnung nachbessern und effizient umsetzen!

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-04/26/16-40-43-1858/PI-WuHk6xhY-spd.pdf>

Antrag Kirsten Eickhoff-Weber vom 17.04.2018

Insekten schützen, Neonicotinoide verbieten! (Drucksache 19/674)

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00600/drucksache-19-00674.pdf>

Rede Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 19 am Donnerstag, 26.04.2018

Insekten schützen, Neonicotinoide verbieten!

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-04/26/15-51-14-14aa/PI-WuHZUhSq-spd.pdf>

Pressemitteilung Kai Vogel vom 27.04.2018

Schleswig-Holstein und Hamburg wollen bei der Energiewende mehr erreichen

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-04/27/16-16-33-78c9/PI-WuMwwXj-spd.pdf>

Rede Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 11 am Freitag, 15.06.2018

Haltungskennzeichnung für Fleisch- und Milchprodukte einführen

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-06/15/10-57-24-2297/PI-WyN-dCKX-spd.pdf>

Rede Kerstin Metzner zu TOP 6 am Mittwoch, 04.07.2018

Gesetz zur Änderung des Wassergesetzes

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-07/04/13-15-11-12ee/PI-WzysPxLu-spd.pdf>

Rede Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 15, 33 + 34 am Mittwoch, 04.07.2018

Anträge zur Reduktion des Pflanzenschutzmittel- und Glyphosateinsatzes und zum Grundwasserschutz

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-07/04/16-13-57-1fe7/PI-WzzWJR-n-spd.pdf>

Rede Sandra Redmann zu TOP 2 am Mittwoch, 04.07.2018

Änderung des Waldgesetzes für Schleswig-Holstein

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-07/04/18-08-33-28ab/PI-WzzxASir-spd.pdf>

Rede Thomas Hölck zu TOP 13, 19, 40 am Donnerstag, 05.07.2018

Digitalisierung der Energiewende, Leistungsfähigkeit der Stromnetze, Klimaschutz in Schleswig-Holstein 2018

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-07/05/12-57-14-7093/PI-Wz35inCT-spd.pdf>